

Werte MitstreiterInnen,

folgende Aktivitäten sind für die nächste Zeit geplant:

15.08.02 ab 20:00

gemütliches Beisammensein vor dem Workshop
in einer Bielefelder Kneipe (Daten folgen Anfang August ;-)

16.08.02 10:00 - ca. 17:30

Workshop "Videoüberwachung und Bürgerrechte"
in Bielefeld (genaue Daten folgen Anfang August, Mail & Web)

Geplante Themen (mit Impulsreferaten):

- Kartierung und Stadtrundgänge
- Stadtplanung und Videoüberwachung
- Zur Psychologie der Videoüberwachung
- Recht & Gegenwehr

Wir danken schon jetzt Helmut Pollähne und padeluun für die lokale Organisation!

24.08.02 Berlin (genauer Ort folgt)

Aktion der Grünen Jugend gegen Überwachung, insbesondere auch Videoüberwachung; die Berliner produzieren hierfür eine Info-Stellwand.

Für den 11.09.02 hat Bill Brown (New York Surveillance Camera Players) einen Welt-Anti-Videoüberwachungstag ausgerufen. Darüber wird in Bielefeld zu reden sein.

Am Ende der 32. Kalenderwoche wird ein aktualisierte Website ans Netz gehen. Bis dahin können wir die Informationen erstmal nur über die Mailverteiler aktuell halten.

Von : padeluun <padeluun@bionic.zerberus.de>

An : ueberwachung@ml.foebud.org

Datum : Thursday, July 18, 2002, 2:46:27 PM

Betreff: [ueb] NRW: Kabinett stimmt Videoüberwachung in Kriminalitätsbrennpunkten zu

--- <schnipp> ---

Innenministerium Nordrhein-Westfalen

Kabinett stimmt Videoüberwachung in Kriminalitätsbrennpunkten zu -

Behrens schlägt Erweiterung des Polizeigesetzes vor - Absage an Überwachungsstaat

Düsseldorf, 17.07.2002 Nordrhein-Westfalen geht künftig in Kriminalitätsbrennpunkten mit gezielter polizeilicher Videoüberwachung auch gegen Diebstahl, Körperverletzung und Sachbeschädigung vor. Das ist die wichtigste Neuerung des Polizeigesetzes, für die das Kabinett jetzt in Düsseldorf auf Initiative von NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens grünes Licht gegeben hat. Daneben wird zum Beispiel die Rasterfahndung auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Bisher ist die Aufzeichnung mit Videokameras nur bei besonders bedeutsamen Straftaten wie z.B. Drogenhandel und Raub möglich.

"Mit dem sehr abgewogenen Gesetzentwurf kommen wir dem berechtigten Wunsch der Menschen nach, sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen möglichst sicher zu fühlen. Gleichzeitig ist er eine eindeutige Absage an den Überwachungsstaat", erläuterte Behrens den Vorstoß. Deshalb will NRW die Videoüberwachung auf solche Orte beschränken, die als Kriminalitätsbrennpunkte gelten.

"Das heißt im Klartext: Keine totale Videoüberwachung und Schutz der Persönlichkeitsrechte der Menschen", betonte der Minister. So dürfen die mit der Aufzeichnung gewonnenen Personendaten höchstens für die Dauer von einem Monat gespeichert werden, wenn sie nicht zur Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten benötigt werden. Außerdem muss die Beobachtung für jedermann erkennbar sein.

Behrens: "Die Videoüberwachung dient in erster Linie der Verhütung von Straftaten. Das heißt, sie hat vor allem eine abschreckende und damit vorbeugende Wirkung. Wenn Straf- und Gewalttäter schon von vorne herein von ihrem Tun abgehalten werden, dann ist das der effektivste Schutz der Menschen."

Als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen hat Bielefeld die polizeiliche Videoüberwachung erprobt. Der Erfolg ließ sich in Zahlen messen: Schon nach einem Jahr war in Bielefeld die Zahl der erfassten Straftaten von erheblicher Bedeutung um mehr als die Hälfte gesunken. Jetzt sollen die Erkenntnisse aus dem Bielefelder Modellprojekt umgesetzt werden.

Quelle: Innenministerium NRW

http://www.im.nrw.de/pe/pm2001/news_802.htm

Freundliche Grüße
//padeluun

Bis Anfang August,
Peter Bittner

Peter Bittner
HU Berlin - Institut für Informatik
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel.: ++49-(0)30-2093-3184,-3183
Fax: ++49-(0)30-2093-3168
Mail: bittner@informatik.hu-berlin.de
<http://waste.informatik.hu-berlin.de/peter/>